

Abstimmung vom 13.6.1976

Eine unheilige Allianz verhindert ein Darlehen für Entwicklungsländer

Abgelehnt: Bundesbeschluss betreffend ein Abkommen zwischen der Schweiz und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) über ein Darlehen von 200 Millionen Franken

Brigitte Menzi

Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.

Empfohlene Zitierweise: Menzi, Brigitte (2010): Eine unheilige Allianz verhindert ein Darlehen für Entwicklungsländer. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 348–349.

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Rahmen weltweiter Wirtschaftsverflechtungen und angesichts der sich verändernden internationalen Machtverhältnisse gewinnen die Beziehungen zur Dritten Welt in den 1970er-Jahren auch für die Schweiz laufend an Bedeutung. Zwar beteiligt sie sich an verschiedenen Hilfsprogrammen, gemessen am Bruttosozialprodukt nimmt sie aber mit ihrer öffentlichen Entwicklungshilfe im internationalen Vergleich einen der letzten Plätze ein. Als sich infolge der Ölkrise von 1973 die Kapital- und Devisenknappheit in den Drittweltländern massiv verschärft, ersucht die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), eine Tochtergesellschaft der Weltbank, ihre Geberländer um zusätzliche Mittel. Die Schweiz, selber nicht Mitglied, wird ebenfalls um Unterstützung angefragt. Zur Diskussion steht ein Darlehen – das dritte nach 1968 und 1972 – in der Höhe von 200 Millionen Franken. Der Bundesrat erklärt sich bereit, diese Summe zinslos zur Verfügung zu stellen, um Entwicklungsvorhaben der ärmsten Länder mitzufinanzieren. Die Schweizer Wirtschaft erhält dafür das Recht, sich an der Ausschreibung von IDA-Projekten zu beteiligen.

Im Parlament erwächst der Vorlage seitens der Regierungsparteien kaum Widerstand, umso heftiger wird sie dafür von der extremen Linken und der extremen Rechten abgelehnt. Während linke und entwicklungspolitisch engagierte Gruppierungen die IDA einer neokolonialistischen Tendenz bezichtigen, kämpfen rechtskonservative Kreise rund um Nationalrat James Schwarzenbach (Republikanische Partei, ZH) mit finanzpolitischen und isolationistischen Argumenten gegen den Bundesbeschluss. Diese Seite ergreift schliesslich das Referendum.

GEGENSTAND

Das Abkommen zwischen der Schweiz und der Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) über ein Darlehen von 200 Millionen Franken sieht vor, das Darlehen ab 1976 in drei jährlichen Raten einzubezahlen, von denen die erste 60, die zweite und dritte je 70 Millionen Franken beträgt. Das Darlehen wird zinslos gewährt und soll innerhalb von 40 Jahren, nach Ablauf einer Karenzfrist von zehn Jahren, zurückbezahlt werden. Die IDA entscheidet über den Einsatz des Darlehens in den Entwicklungsländern.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Eine unheilige Allianz bekämpft gemeinsam die Vorlage: Die Gegnerschaft aus dem rechten politischen Spektrum (Nationale Aktion, Republikaner) bezeichnet das Darlehen als unschweizerisch, weil multilateral. Die Gegner aus der äusseren Linken (Progressive Organisationen Schweiz) sehen darin ein neokolonialistisches Instrument der westlichen Exportwirtschaft.

Auch die verschiedenen befürwortenden Gruppen werben mit unterschiedlichen Argumenten für ein Ja. Während die Hilfswerke den Bundesbeschluss aus altruistischen Motiven unterstützen, preisen Bundesrat und Parlament besonders den wirtschaftlichen Nutzen als Sekundäreffekt der Entwicklungshilfe. Die Kampagne zielt darauf ab, das Darlehen als Investition darzustellen, welche sich für die Schweiz lohnt und neue

Absatzmärkte eröffnet. Zudem könne mit der Teilnahme an multilateralen Entwicklungsaktionen auch für diejenigen Länder etwas unternommen werden, welche sonst wegen der Konzentration der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit auf einige Schwerpunktländer keine direkte Förderung erhalten würden (BBI 1975 I 467). Die aktive Teilnahme der Behörden am Abstimmungskampf wird von Nationalrat James Schwarzenbach als «staatliche Gehirnwäsche» bezeichnet.

ERGEBNIS

In der ersten Schweizer Volksabstimmung zu einem entwicklungspolitischen Thema überhaupt lehnt das Volk das Darlehen an die IDA ab. Bei einer Beteiligung von 34,5% verwerfen 56,4% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Vorlage, lediglich 43,6% und vier Kantone (Basel, Tessin, Neuenburg, Genf) sprechen sich dafür aus. Dies erstaunt umso mehr, als sich Bundesrat und Parlament fast geschlossen hinter den Bundesbeschluss gestellt haben.

QUELLEN

BBI 1975 I 455; BBI 1975 II 186. APS 1975 bis 1976: Schweizerische Aussenpolitik.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website www.swissvotes.ch.